

## **Friedenspolitik in Zeiten der Globalisierung**

**von Dr. Peter Roell**

### **Vorbemerkung**

Am 9. Juli 2008 feierte die Gesellschaft für Außenpolitik (GfA) in München ihren 60. Geburtstag. In einem Festakt dankte Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) der GfA dafür, dass sie das Interesse an deutscher und europäischer Außenpolitik verlässlich und auf hohem Niveau wachhält.

Gute Außenpolitik brauche kenntnisreiche, kritische und konstruktive Ideen und Anstöße und sie brauche Menschen, die dafür arbeiteten, komplexe außenpolitische Themen verständlich zu machen. Dies sei die beste Gewähr dafür, dass Ressentiments, Vorurteile und populistische Parolen in der deutschen Außenpolitik keine Rolle spielten.

Folgende Ausführungen fassen die Rede von Außenminister Steinmeier zusammen.

### **Januskopf Globalisierung**

Dr. Steinmeier wies darauf hin, dass wir in einer Zeit der Metamorphose und des Umbruchs lebten. Viele Ordnungsideen der 90er Jahre seien voreilig oder gar falsch gewesen. Dazu gehöre die Prophezeiung vom „Ende der Geschichte“ sowie die Vorstellung von der jährlich zur Auszahlung kommenden Friedensdividende.

Auch der Siegeszug der Demokratien habe sich nicht als „unaufhaltsam“ herausgestellt. Und dass die globale Entfesselung der Kräfte des Marktes quasi naturnotwendig zum Wohle für alle führe, glaube man mittlerweile selbst an der Wall Street nicht mehr.

Stattdessen sei ein janusköpfiges Bild erkennbar: Die Zahl der demokratisch verfassten Staaten habe seit 1989 deutlich zugenommen, die weltweite Globalisierung habe, wie noch nie in der Geschichte, so viele Menschen aus der Armut befreit.

Länder wie Deutschland seien die großen Profiteure der Globalisierung, auch wenn dies nicht der landläufigen deutschen Wahrnehmung entspreche.

Die weltweite Vernetzung biete allerdings nicht nur Chancen, sondern berge auch Risiken in sich. Letztere würden in Deutschland besonders scharf wahrgenommen, sei es der internationale Terrorismus, Atomwaffen in den Händen von immer mehr Staaten, die Folgen des Klimawandels, Ressourcenknappheit und Agrarexplosionen, neue Inflationsgefahren und unberechenbare Finanzmärkte.

## **Suche nach neuer Ordnung**

Die Welt suche nach einer neuen Ordnung, nach neuen, tragfähigen Ordnungsmustern, nach Orientierung. Niemand – selbst der Stärkste nicht – sei in der Lage, alle großen Probleme und Konflikte alleine zu lösen. Sogar ein Bündnis der Staaten, ob man es nun „Allianz der Demokratien“ oder „Achse des Guten“ bezeichne, sei als Ordnungsfaktor nicht stark genug.

Eine neue Ordnung ergebe sich da, wo das Blockdenken in alten und neuen Formen überwunden werde. Benötigt würden Strukturen gemeinsamer Sicherheit und gemeinsamer Verantwortung. An einer „globalen Verantwortungspartnerschaft“ führe kein Weg vorbei!

Mit einem ähnlichen Ansatz – der Definition gemeinsamer Interessen trotz des weiterbestehenden Systemkonflikts – habe die deutsche Außenpolitik unter Brandt, Scheel und Genscher auf dem Weg zur Überwindung der europäischen und deutschen Teilung gute Erfahrungen gemacht. Dies sei ein Ansatz, der auf das Überwinden von Fremdheit und Gegensätzen durch Dialog setze, auf das Definieren gemeinsamer Interessen und auf Vertrauensbildung durch Zusammenarbeit.

Diesem Konzept gehöre die Zukunft, denn es gehe jetzt darum, die neuen Mächte wie Indien, China, Brasilien in die globale Verantwortungsgemeinschaft einzubeziehen.

## **Europäische Union – Epochale Errungenschaft**

Die Europäische Union sei vor allem eins: Die geglückte Verantwortungsgemeinschaft, entstanden als Antwort auf Krieg und Bürgerkrieg. Deshalb hätten Erfolg und auch Misserfolg des europäischen Projekts eine Strahlkraft weit über die Grenzen unseres Kontinents hinaus.

Darauf, wie wir durch Dialog, durch den friedlichen Ausgleich von Interessen und den Vorrang des Rechts, ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell schaffen konnten, das für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Solidarität stehe, darauf sollten die Menschen in der Europäischen Union stolz sein.

In der europäischen Binnenwahrnehmung hingegen sei die EU Opfer ihrer eigenen Erfolge geworden. Eine beispiellose Friedensära, offene Grenzen, wirksame Befriedung der Konflikte an der Peripherie, eine einheitliche Währung, all das werde als selbstverständlich hingenommen. Selbst die Erinnerung, dass nur durch die europäische Integration wirtschaftliches Wachstum an den Rändern Europas geschaffen werden konnte, scheine bei der Abstimmung in Irland vergessen worden zu sein. Gegen dieses Vergessen müsse man auftreten!

Denn Europa zeige: Es gibt Konzepte, die aus politischen Feinden politische Partner und Freunde machen können. Wir Europäer müssten das Selbstbewusstsein entwickeln, aus diesem Konzept so etwas wie *Leadership* für die Aufgabe zu entwickeln, die jetzt vor uns liege - Regeln und Ordnungsrahmen zu schaffen für die globalisierte Welt und zwar gemeinsam mit den USA.

## **Beziehungen USA – Europa**

Für die Zeit, die vor uns liege, seien die USA und Europa mehr denn je aufeinander angewiesen. Beide US-Präsidentschaftskandidaten würden dies auch so sehen. Beide wüssten

um die wachsende Bedeutung des pazifischen Raums, auch für die USA, hielten aber dennoch am besonderen Charakter der transatlantischen Beziehungen fest.

Immer noch seien die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Kontakte zwischen Europa und Amerika enger als zu anderen Weltregionen. Wenn wir wollten, könnten wir mit politischen Angeboten, mit kluger Diplomatie und moderner Technologie den globalen Fortschritt prägen. Daraus werde er als Außenminister auch so stark für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen.

Dies werde aber nur gelingen, wenn man in Zukunft zwar auch über klassische Sicherheitspolitik rede, vor allem aber über die großen Zukunftsthemen wie Klimaschutz und die friedliche Lösung von Rohstoff- und Energieknappheit. Auch dafür spüre er bei beiden Präsidentschaftskandidaten große Bereitschaft.

## **Beziehungen zu Russland**

Wenn man über Europa, die transatlantischen Beziehungen und eine globale Verantwortungsgemeinschaft rede, dann müsse man aber auch darüber reden, wie man sich mit Ländern und Mächten verständige, deren Geschichte, Kultur und innere Verfassung uns fremder sei als die Amerikas.

Der alte US-Senator Fulbright habe einmal gesagt: „Der Kern interkultureller Ausbildung ist die Aneignung von Empathie; die Fähigkeit, die Welt mit den Augen des Anderen zu sehen und die Möglichkeit zuzulassen, dass der Andere vielleicht etwas sieht, was mir selbst noch nicht klar war oder was er vielleicht schärfer sieht als ich selbst“.

Der Wechsel in Russland werde, so Dr. Steinmeier, in der deutschen Öffentlichkeit unterschätzt. Er glaube nicht, dass der Wechsel von Wladimir Putin zu Dmitri Medwedew nur eine folgenlose Auswechslung von Namen und Gesichtern gewesen sei, wie man es vielfach lesen konnte.

Medwedew, Jahrgang 1965, war, als die Mauer fiel, junger Student. Als neuer russischer Präsident habe er Ende Mai 2008 bei seiner Rede in Berlin erklärt, dass sein Land nicht mehr das Land sei, das aus der Kälte komme. Russland sei Teil der europäischen Zivilisation. Einer gemeinsamen Zivilisation, die Nordamerika, die Europäische Union und Russland umfasse.

Dies sei, so betonte Vizekanzler Dr. Steinmeier weiter, noch keine Politik, aber ein Bekenntnis, das nicht ignoriert werden sollte, denn die europäische Variante russischer Politik, für die Medwedew stehe, war und sei nie alternativlos. Sie sei gerade bei der Suche nach Kandidaten für die Putin-Nachfolge nicht ohne Konkurrenz gewesen.

„Ich weiß um die Defizite in Russland; aber ich glaube, dass niemandem geholfen ist, wenn wir uns in die Rolle des unbeteiligten Beobachters begeben. Mit unserer Haltung hier beeinflussen wir die Spielräume für Modernisierung und Reformen in Russland!“

Das sei der Hintergrund, weshalb er im Mai 2008 in Russland die Idee einer „Modernisierungspartnerschaft“ vorgeschlagen habe. Eine Partnerschaft zwischen Deutschland, anderen EU-Staaten und Russland, in der gemeinsam mit Russland Projekte im Gesundheitswesen, bei der besseren Ausnutzung von Energie, einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur, beim Aufbau rechtswissenschaftlicher Strukturen, für bessere Schulen und Universitäten oder beim Jugendaustausch entwickelt werden könnten.

Russland bleibe aus Sicht des Außenministers nicht irgendein Nachbar, sondern ein Schlüssel für die langfristige Sicherheit für die Menschen in Europa. Die Chance der Zusammenarbeit müsse jetzt ergriffen werden!

Das Jahr 2009 werde wichtige Weichenstellungen bringen. Das hänge allerdings nicht allein von russischen und deutschen Überlegungen ab. Es könnte ein *Jahr der Möglichkeiten* werden. Wenn nach den Präsidentschaftswahlen in den USA die Weichen auf Kooperation zwischen den Großen gestellt werden, könnte vieles einfacher werden. Die Idee eines gemeinsamen Raumes der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok sei nicht neu, aber heute von neuer Aktualität. Wenn diese Weichenstellung aber nicht erfolge, werde die Lösung der großen drängenden Probleme sehr viel schwieriger werden.

## **Globale Verantwortungsgemeinschaft – Vier Problemfelder**

Dr. Steinmeier nannte vier große Problemfelder, auf denen sich die globale Verantwortungsgemeinschaft zu bewähren habe.

### *1. Ressourcenversorgung und Klimawandel*

Wenn bald 3 oder 4 Mrd. Menschen in Wachstumsregionen lebten statt heute 1,5 Mrd., dann seien Verteilungskonflikte bei Ressourcen und Energie absehbar. Auf dem Wege, die nächste Generation von Konflikten zu identifizieren und lösen zu helfen, komme Europa eine Vorreiterrolle zu. Ohne die USA, dem wichtigsten Emittenten von CO<sub>2</sub>-Gasen, ohne Russland und China werde kein Durchbruch zu erzielen sein.

### *2. Milderung der Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung*

Seit gut 20 Jahren werde die Schere zwischen Kapitalerträgern und Lohnempfängern immer größer. Jetzt kämen noch die Wirkungen der Inflation und systemische Instabilitäten der Kapitalmärkte hinzu. Dies sei eine gefährliche Entwicklung. Wer sich – im Inneren wie nach außen – von Abstieg bedroht sehe, reagiere meist mit Abschottung und Ausgrenzung.

Benötigt würden verbindliche Kodizes und Regeln, mehr internationale Zusammenarbeit und soziale Balance. Dies gelte für die Finanzmärkte und die Handelspolitik.

### *3. Friedenspolitik und Abrüstung*

Immer mehr Staaten erlangten Zugang zur nuklearen Technologie, könnten sogar Atomwaffen herstellen. Dies sei ein Aspekt, der in der weltweiten und der deutschen Debatte um die angebliche Renaissance der Atomkraft noch viel zu wenig beachtet werde.

Deshalb erfolgten auch die entschiedenen Bemühungen der Staatengemeinschaft, Iran zum Einlenken in der Nuklearfrage zu bewegen. Deshalb auch der deutsche Anlauf beim Atomwaffensperrvertrag, den Brennstoffkreislauf bei der Urananreicherung stärker unter internationale Kontrolle zu stellen. Die Führungsrolle der USA in der Abrüstungsdiplomatie sei unersetzlich.

### *4. Friedenspolitik ist globale Verantwortung*

Für die Zeit, die nun vor uns liege, sei die UNO und ihre Unterorganisationen in der bestehenden Form nur noch eingeschränkt tauglich. Die neuen Mächte und Akteure müssten einbezogen werden. China, Indien und andere müssten zu aktiven Teilhabern und Mitgestaltern der neuen Weltordnung gemacht werden.

Mit dem „Heiligendamm-Prozess“ habe Deutschland einen intensiven Dialog mit großen Schwellenstaaten wie China, Indien, Mexiko, Brasilien und Südafrika initiiert. Man könne

nun darüber nachdenken, die G-8 auf Dauer in ein neues Format zu bringen, in dem sich die Multipolarität der Welt besser spiegele (G-13).

## **Ausblick**

Als „Fenster der Gelegenheiten“ bezeichnete Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier die vor uns liegenden Monate: Eine neue US-Regierung, ein hoffentlich stärkeres Europa, ein Russland als Partner, China, das sich mit den Olympischen Spielen weiter in Richtung dauerhafter Transparenz öffnen werde, dynamische Staaten - Südafrika, Indien, Brasilien oder Mexiko.

Dr. Steinmeier zeigte sich überzeugt, dass in der kommenden Zeit alte Gräben überwunden werden können und man einer globalen Verantwortungsgemeinschaft Stück für Stück näher kommen könne.

Eine solche Friedenspolitik brauche allerdings die Ideen, die Anregungen und kritische Diskussion von möglichst vielen Menschen.

\*\*\*

## **Kommentar**

Bei den zahlreich erschienenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft etc. erntete die fundierte Rede von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier anhaltenden Applaus. Geringeren „Applaus“ spenden allerdings zurzeit - eine kohärente Außen- und Sicherheitspolitik betreffend - die Medien und politischen Beobachter in Berlin. Und in der Tat sind die Dissonanzen zwischen Auswärtigem Amt und dem Bundeskanzleramt unübersehbar, sei es in Fragen der China-Politik oder unterschiedlicher Konzeptionen bezüglich der Russland-Politik.

Die Feststellungen des Spiegel in seiner Ausgabe 29/2008 vom 14. Juli „*Steinmeier sieht die gesamte Haltung der Merkelschen Außenpolitik zunehmend kritisch. Sie sei zu konfrontativ gegenüber den östlichen Mächten Russland und China, zu sehr auf die Durchsetzung des westlichen Wertekanons eingestellt und zu wenig auf den Ausgleich mit den aufstrebenden Mittelmächten des Globus*“ könnten im Originalton auch dem Munde eines Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes entsprungen sein.

Welche außenpolitische Konzeption wohl die bessere ist, die des Auswärtigen Amtes oder die des Kanzleramtes, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben; unterschiedliche Auffassungen, über die Medien auch noch breitflächig ausgewalzt, stärken allerdings nicht das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt. Bleibt zu hoffen, dass sich der bevorstehende Wahlkampf nicht allzu negativ auf deutsche Interessen und deren außen- und sicherheitspolitische Umsetzung auswirken wird.

Will man das „Fenster der Gelegenheiten“ im kommenden Jahr nutzen, bedarf dieses Fenster zunächst einmal einer Grundreinigung, damit alle beteiligten Parteien einen klaren Blick bekommen. Es ist jetzt an der Zeit, deutsche und europäische Standpunkte abzustimmen und zu formulieren! Die Gesellschaft für Außenpolitik (GfA) und zahlreiche Think Tanks in Deutschland tun dies; weit über parteipolitische Querelen hinweg.

Der Aussage von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier in seiner Festrede: „ Gute Außenpolitik braucht kenntnisreiche, kritische und konstruktive Ideen und Anstöße und sie braucht Menschen, die dafür arbeiten, komplexe außenpolitische Themen verständlich zu machen“ muß nichts hinzugefügt werden.



*Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.*

*Der Autor ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin. Er nahm als Mitglied der Gesellschaft für Außenpolitik (GfA) sowie der Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ) an der Festveranstaltung am 9. Juli 2008 in München teil.*